

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband
per E-Mail an: info@staedteverband.ch

Bern, 25. Juni 2025

Konsultation zur Vorbereitung des «Grundsatzentscheids zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung im Kontext der Digitalen Verwaltung Schweiz»; Stellungnahme

Guten Tag

Der Gemeinderat der Stadt Bern bedankt sich für die Gelegenheit, zum oben erwähnten Geschäft Stellung nehmen zu können.

1. Grundsätzliches

Die gemeinsame Dachstrategie von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden schafft klare Grundlagen zur Bewältigung der heutigen und künftigen transversalen Herausforderungen für alle Beteiligten. Der Gemeinderat hat im Juli 2023 zustimmend zur Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024 – 2027» Stellung genommen. Er unterstützt natürlich die Prinzipien wie «Digital First», «Digital Only» oder die Nutzenzentrierung, welche der Bevölkerung und Unternehmen wie auch den weiteren Anspruchsgruppen eine effektive, transparente und sichere digitale Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung ermöglichen sollen.

Vor diesem Hintergrund ist es für den Gemeinderat wichtig, dass die DVS den für ihre Tätigkeiten passenden Auftrag hat und über die dafür richtigen Instrumente verfügt. Die organisatorischen Herausforderungen liegen aus Sicht des Gemeinderats darin, dass die Kernprozesse, welche die Bevölkerung und die Wirtschaft betreffen, schwerpunkt-mässig auf kantonaler und kommunaler Ebene zu finden sind. Für den Bund als gesetzgebende Instanz stellt dies hohe Anforderungen an die interinstitutionelle Zusammenarbeit, weil alle föderalen Ebenen im Grundsatz ihre Aktivitäten harmonisieren müssten. Die Praxis zeigt jedoch, dass dies bisher nicht erfolgt ist.

Der Gemeinderat unterstützt die Bestrebungen der DVS, die digitale Transformation der Verwaltungen gemeinsam weiter voranzutreiben und verbindliche Standards zu schaffen. Weiter anerkennt er den Bedarf, die DVS mit den für ihren Auftrag notwendigen Kompetenzen auszustatten.

2. Stellungnahme

1. Unterstützen Sie die Weiterentwicklung der föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung wie im Zielbild vom April 2025 vorgeschlagen?

Der Gemeinderat begrüßt grundsätzlich das Bestreben, gemeinsame Standards zur Stärkung des digitalen Service Public festzulegen. Allerdings erachtet er es als entscheidend, wie der Prozess dazu gestaltet und dass die Transparenz bei der Standardsetzung sichergestellt ist.

2. Haben Sie allgemeine Bemerkungen zum Zielbild der künftigen föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung?

Der Gemeinderat erwartet, dass bei einer Kompetenzdelegation an den Bund sichergestellt werden muss, dass alle föderalen Ebenen gleichermassen miteinbezogen werden und sich der Entscheid für einen Standard auf die entsprechende Staatsebene bezieht. So wird sichergestellt, dass die Deutungshoheit zu den Dienstleistungen und Serviceprozessen denjenigen staatlichen Ebenen zugewiesen wird, die materiell über die grösste Kompetenz verfügt. Dadurch wird gewährleistet, dass auf der Stufe der Kantone sowie Städte und Gemeinden skalierbare und aufeinander abgestimmte Standardverfahren erarbeitet und etabliert werden.

3. Gibt es Vorbehalte gegenüber der Umsetzung des Zielbilds bzw. der beiden Stossrichtungen?

Für den Gemeinderat ist zu wenig klar, wie sich die Entwicklung der Zusammenarbeit konkret ausgestalten soll und wie die Gemeinwesen dazu beitragen können, die DVS auf dem Weg zu einem nationalen Kompetenzzentrum für die digitale Transformation der Verwaltung zu stärken. Die Prozesse zur Entscheidungsfindung sind zu klären, bevor Standards definiert werden. Wenn es nicht gelingt, sämtliche staatliche Ebenen repräsentativ einzubringen, wird die Akzeptanz der Standards gering bleiben.

4. Haben Sie Anmerkungen zu den nächsten Schritten?

Der Gemeinderat ist wie bisher bereit, die notwendigen personellen Ressourcen zur wirkungsvollen Mitgestaltung der Standardisierungsprozesse zur Verfügung zu stellen. Namentlich will er ein mögliches Engagement im Rahmen des operativen Führungsgerichts der DVS prüfen. Weiter ist es ihm wichtig, dass sämtliche föderale

*Ebenen regelmässig informiert und einbezogen werden und nicht nur zu formellen
Beschlüssen Stellung nehmen können.*

Freundliche Grüsse



Marieke Kruit
Stadtpräsidentin



Dr. Claudia Mannhart
Stadtschreiberin